

Eine kurze Geschichte

Klimaproteste: „Eher Tanz als Aufstand“, FR-Politik vom 8. Oktober

Ein Kind steht mit seiner Mutter an einer Ampel. Es hat gelernt zu warten, bis es grün ist. Ein anderer kommt dazu und sagt zu dem Kind: „Du kannst ruhig bei rot gehen, die Autofahrer werden aufpassen, sie werden dich nicht überfahren. Das weiß doch jeder.“ Das Kind glaubt aber lieber seiner Mutter und tritt dafür ein, dass sie Recht hat.

Es heißt nun, das Kind polarisiert, weil es die Meinung des anderen nicht gelten lässt. Außerdem sei es fremdgesteuert.
Uli Partheil, Darmstadt

Diskussion: frblog.de/extinction

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg moderiert die Diskussion „Altersarmut – ein Problem mit vielen Ursachen“ des Bündnisses Soziale Gerechtigkeit Hessen mit dem hessischen DGB-Vorsitzenden Michael Rudolph, Janine Wissler (Linke), Ralf-Norbert Bartelt (CDU), Marcus Bocklet (Grüne) und dem Armutsexperten Ernst-Ulrich Huster.

Donnerstag, 17. Oktober, 20 Uhr
Haus an der Marktkirche,
Schlossplatz 4,
Wiesbaden



**BRONSKI IST IHR
MANN IN DER
FR-REDAKTION**

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Wie wär's mit Gemeinwohl?

Zu: „Die SPD ärgert sich grün“, FR-Politik vom 9. Oktober

Ich lese solche Politiker-Äußerungen wie die von Mützenich und Riexinger zu den Plänen der Grünen Tag für Tag, jetzt platzt mir mal der Kragen. Die „Kritik“ der zwei finde ich inhaltsleer und plakativ. Sie hat für mich ausschließlich das Ziel, die Konkurrenz schlechtzureden.

Den Kompensationsvorschlag für Einkommensschwächere zur höheren CO₂-Bepreisung der Grünen für den höheren CO₂-Preis ignorieren beide bewusst, um die Konkurrenz so richtig verunglimpfen zu können. Eine sachliche Auseinandersetzung hätte sich damit befasst, ob die von den Grünen angedachte Kompensation zugunsten der Geringverdiener wirklich greift. Gibt es berechtigte Zweifel, kann man darauf sachliche Kritik gründen? Es geht hier aber nicht um sachliche Kritik, sondern um Wählerstimmen, um Macht, Ansehen, Privilegien und Pfründe – nie um das Gemeinwohl. Das stößt mich einfach ab. Es macht die Sache nicht besser, dass das eine übliche Art unter PolitikerInnen ist, die Konkurrenz zu delegitimieren.

Besonders pikant ist das, wenn ein maßgeblicher Vertreter der SPD so argumentiert. Jahrzehntlang hat die SPD mit den Grünen und in der großen Koalition dafür gesorgt, dass die Spreizung zwischen Arm und Reich immer größer wird und Geringverdiener in unserer Gesellschaft immer mehr abhän-

gen. Ausgerechnet in der dramatischen Klimasituation entdeckt Herr Mützenich diese Klientel, um die untauglichen Klimabschlüsse der Koalition zu verteidigen. Jahrzehntlang hat auch die SPD die Klimaproblematik ignoriert und mit dazu beigetragen, dass für Geringverdiener und Pendler keine gescheiten Alternativen zum Privatauto aufgebaut bzw. gescheite Heizung und Dämmung nicht hinreichend gefördert wurden, um die Nutzung fossiler Brennstoffe runterzufahren. Dasselbe trifft auf gescheite Alternativen für die Beschäftigten in Industrien zu, die fossile Brennstoffe fördern bzw. verarbeiten. Das alles, damit die wachstums- und profitorientierte Wirtschaft brummt. Was für ein Irrsinn! Die Parteien, die daran mitgewirkt haben und mitwirken, tragen ein großes Maß an Verantwortung nicht nur für die Klimakatastrophe, sondern auch für die Popularität von AfD und Menschen wie Höcke.

Es ist dringend notwendig, eine Form von echter Demokratie zu kreieren, die das Wirtschafts- und Finanzsystem mit einbezieht und für PolitikerInnen Anreize für Verhaltensweisen schafft, die am Gemeinwohl orientiert sind und eine konstruktive Auseinandersetzung um gangbare Wege aus dem Schlamassel anstelle von destruktiven Schlammschlachten fördern.

Joachim Reinhardt, Hüttenberg

Niemand braucht Nuhr

Times mager: „Verbot“, FR-Feuilleton vom 7. Oktober

Wer es tatsächlich durchhält, die selbstgerechten Tiraden des angeblichen Kabarettisten Nuhr bis zum Schluss der jeweiligen Sendung anzusehen, ist gestraft genug. Immer wieder erlebt man, dass dieser Mann nur nach unten treten kann und nach oben buckelt. Das braucht niemand, und es hat auch mit Kabarett nichts zu tun. Der einzige Grund, diese Sendung zu sehen, sind die anderen wirklichen Künstler, die in der Sendung auftreten.

Ich erinnere mich noch sehr gut an eine Sendung, bei der Nuhr aufgeregt feststellte, dass angeblich ja nur die Reichen Steuern zahlten. Nun ja, vermutlich meinte er die Lohn- und Einkommenssteuer. Die ist perfekt gesenkt worden – noch unter Rot-Grün. Eine Vermögenssteuer wird nicht erhoben. Und dass auch diejenigen mit wenig Geld auf jeden Fall die 19 Prozent Mehrwertsteuer bezahlen, die mittlerweile zur zweitgrößten Steuer geworden ist – wohl sinnlos, diesem Mann zu erklären.

Die Sendung lebt nur von den anderen Kabarettistinnen und Kabarettisten. Die wiederum brauchen Nuhr absolut nicht. In der jetzigen Form hat diese Sendung im Öffentlich-Rechtlichen nichts mehr zu suchen.
Uwe Barkow, Frankfurt